

# Auch Spanien herabgestuft

Standard & Poor's reduziert Rating von AA+ auf AA

Nach Griechenland und Portugal hat die Ratingagentur Standard & Poor's auch die Kreditwürdigkeit von Spanien herabgestuft.

Das langfristige Rating werde um eine Note von «AA+» auf «AA» reduziert, teilten die Finanzbewerter gestern Abend in London mit. Der Ausblick für die Kreditbewertung bleibe negativ. Spanien wird aber noch deutlich besser als die beiden anderen südeuropäischen Länder bewertet. So werden griechische Anleihen nur noch mit «BB+» bewertet und Portugal mit «A-». Spanien hatte vor der Krise von S&P die Bestnote «AAA» erhalten.

## Spanische Börse im Minus

Nach dem hoch verschuldeten Griechenland gilt Spanien neben Portugal als weiterer finanzpolitischer Wackelkandidat der Euro-Zone. Die Börse in Madrid schloss nach der Herabstufung des Landes durch Standard & Poor's mit 2,99 Prozent im Minus.

Der Euro geriet erneut unter Druck und sank zur US-Währung mit 1.3115 Dollar auf den tiefsten Stand seit einem Jahr. Zum Franken notierte der Euro praktisch unverändert bei 1.4328 Franken.

## Teurerer Schuldendienst

Wie andere Wertpapiere werden auch Staatsanleihen von den Ratingagenturen bewertet. Ihre Empfehlungen sind ein wichtiges Signal für die Kreditwürdigkeit eines Landes. Bei unsoliden Finanzen verlangen die Märkte von den Staaten höhere Zinsen für die Kredite – sozusagen als Preis für das erhöhte Ausfallrisiko. Das Schuldenmachen ist für den betroffenen Staat dann teurer.

Die Rendite zehnjähriger spanischer Staatsanleihen stieg denn



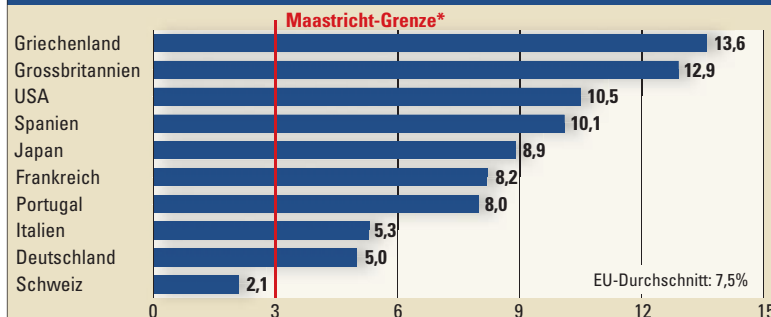
UNTER DRUCK Spaniens Regierungschef Zapatero, dessen Land auch die EU-Präsidentschaft innehat. S. VERA / REUTERS

auch auf 4,127 Prozent. Sie lag aber damit deutlich unter der von Portugal (5,757 Prozent) und der von Griechenland (9,919 Prozent). Deutsche Bundesanleihen rentierten mit 2,980 Prozent.

## Längere Flaute

Spanien stehe vor einer längeren Phase eines verhaltenen Wirtschaftswachstums, begründete S&P seine Umstufung. Dies schwäche auch die Aussichten für den Staatshaushalt. Die Phase eines kreditfinanzierten Wachstums sei vorbei und münde jetzt in einer Periode mit einer schwachen Konjunktur-entwicklung. Diese Schwächephase

## BUDGETDEFIZIT IN PROZENT DES BRUTTOINLANDPRODUKTS 2010



dauert laut S&P länger als zuvor erwartet. Im Zeitraum 2010 bis 2016 dürfte das Wirtschaftswachstum

im Durchschnitt bei 0,7 Prozent liegen. Zuvor war man noch von über 1,0 Prozent ausgegangen.

Das Ziel eines Haushaltsdefizits von 9,8 Prozent im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt (BIP) im laufenden Jahr dürfte die spanische Regierung laut S&P erreichen. Allerdings sollten mittelfristig die Staatseinnahmen niedriger als bisher erwartet ausfallen. Das Budgetdefizit dürfte daher auch noch 2013 über 5 Prozent des BIP liegen.

Spanien wollte dann eigentlich wieder den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt einhalten. Hier liegt die Defizitobergrenze bei maximal 3 Prozent. Der Schuldenstand im Verhältnis zum BIP dürfte von derzeit 51,3 Prozent im vergangenen Jahr auf 85 Prozent im Jahr 2013 klettern. (SDA)

# IWF setzt Athen unter Druck

Der griechische Ministerpräsident Giorgos Papandreou hat gestern versprochen, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um sein Land aus der schweren Krise zu führen. Dies sei jedoch nicht genug: «Griechenland und Europa tragen jetzt eine grosse Last und historische Verantwortung», sagte Papandreou weiter. Die EU müsse jetzt mit ihren eigenen Aktionen «das lodernde Feuer löschen, damit es nicht auf ganz Europa und die Welt übertragen wird.

Diese Last tragen wir alle.» Nach Informationen aus Kreisen des Finanzministeriums in Athen sind die Verhandlungen zwischen den Griechen und den Vertretern des IWF, der EU und der EZB über die Verpflichtungen Athens, um das dringend benötigte Hilfspaket zu erhalten, fast abgeschlossen. Es würden noch einige Feinheiten abgestimmt. Diese Detailabstimmung scheine aber keine einfache Sache zu sein, hiess es aus Kreisen der griechischen

Gesprächspartner. Die IWF-Experten fordern, dass nach der Reduzierung der Löhne und Gehälter der Staatsbediensteten auch die Arbeitnehmer der privaten Wirtschaft Opfer bringen müssen, damit das Land konkurrenzfähiger wird. Demnach sollen die IWF-Experten auch bei ihnen Kürzungen des 13. und 14. Gehalts fordern. Zudem sollten die Löhne wie schon bei den Staatsbediensteten um etwa sieben Prozent beschnitten werden. (DDP)

# Der Fall «Deisswil»

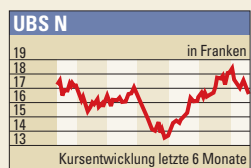
Mutterhaus beharrt auf Schliessung

Der österreichische Kartonhersteller Mayr-Melnhof hat sich am Mittwoch mit einer Delegation der geschlossenen Karton Deisswil in Wien getroffen. Im Gegenzug verzichteten die über 100 nach Wien gereisten «Deisswiler» auf eine Protestkundgebung vor Ort. Mayr-Melnhof-CEO Wilhelm Hörmanseder hatte der Deisswiler Delegation seine Gesprächsbereitschaft signalisiert. Laut Angaben der Gewerkschaft Unia zeigte sich Hörmanseder zwar konziliant, rückte aber letztlich nicht von seiner Position ab. Am 7. April hatte Mayr-Melnhof die Karton Deisswil AG Knall auf Fall geschlossen. Betroffen sind über 250 Mitarbeiter. Rund die Hälfte der Belegschaft war am Dienstag Richtung Wien aufgebrochen. (SDA)

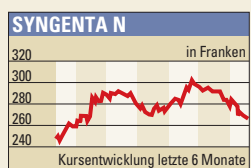
## Börse

### Spanien-Rückstufung als zusätzlicher Dämpfer

Der Schweizer Aktienmarkt hat am Mittwoch mit deutlichen Verlusten geschlossen. Der SMI sank um 1,4 Prozent auf 6576 Punkte. Nach einer vorübergehenden Erholung fielen die Kurse zuletzt klar. Auslöser war die am späten Nachmittag bekannte gegebene Rückstufung von Spanien durch Standard & Poor's. Zwischenzeitlich hatten vor allem Banktitel von der neuen Nachrichtenlage rund um die Hilfe für Griechenland profitiert. Beim Schlussgang allerdings lagen sowohl UBS (-1,4%) als auch Credit Suisse (-0,7%) im Minus. Auch die Versicherer vermochten sich dem Abwärtssog nicht zu entziehen, allen voran Swiss Re



(-3,0%). Eine im Golf von Mexiko gesunkene Bohrinsel könnte zu einem grösseren Schadenfall werden, wurde im Handel spekuliert. ZFS büsst 1,4 Prozent ein. Syngenta (-1,0%) gewann am Tag vor der Publikation des Quartalsausweises zeitweilig bis zu 1,4 Prozent, fielen dann aber noch klar zurück. Clariant (-1,9%) und Syntes (-1,0%) zeigen heute ebenso ihre Zwischenergebnisse wie Logitech (+0,1%) und Geberit (+0,8%).



Nobel Biocare sackten um 18,5 Prozent ab. Der Hersteller von Zahnimplantaten hat die Erwartungen der Kulisse klar verfehlt; einzig dank gutem Finanzergebnis konnte der Reingewinn im ersten Quartal aufge bessert werden. Einziger Gewinner im Feld der SMI-Titel waren Novartis (+0,1%). (AWP/MZ)

INSERAT

## Das 10. Schuljahr als Chance fürs Leben!

Start August! Die 10./11. Schuljahre bei den Didac Schulen eröffnen SchulabgängerInnen überdurchschnittliche Berufs- und Lebenschancen, weil sie einen doppelten Nutzen bieten.

Die Idee ist bestechend: ein normales 10. oder 11. Schuljahr, wie in der Deutschschweiz üblich, absolvieren, das Ganze aber im Fremdsprachgebiet. Du lebst für ein Jahr bei einer sorgfältig ausgewählten Gastfamilie in der französisch- oder italienischsprachigen Schweiz oder in England. Du kannst wählen, ob du bei deiner Gastfamilie mitarbeiten willst (als Teilzeit-Aupair) oder als zahlender Gast dort leben willst. Beim Leben in einer Gastfamilie tauchst du voll und ganz in die fremdsprachige Lebensart und in die Sprache ein. Fürs wirksame Erlernen einer Sprache gibt es nichts Besseres!

### Vollzeitlich oder teilzeitlich Unterrichtet?

Wenn du in der Gastfamilie mitarbeitest (Neuen Welschlandjahr oder Neuen Tessinjahr), besuchst du daneben ein Schul-

programm von 18 Lektionen/Woche. Als zahlender Gast belegst du dagegen ein vollzeitliches Schulprogramm. Nebst Hauptfächern (Sprache/Mathematik/Deutsch) gibt es viele Wahlfächer (kreative, sportliche und solche, die dich auf bestimmte Berufsrichtungen oder Prüfungen vorbereiten). Immer bleibt es das Jahresziel, ein hohes Mass an Zweisprachigkeit zu erreichen und den weltweit gültigen Ausweis von DELF (Französisch), von Perugia (Italienisch) bzw. der Cambridge University zu erwerben. Diese Didac Ausbildungsjahre sind in jeder Beziehung besonders – besonders lehrreich, attraktiv und besonders herausfordernd. Was Ehemalige darüber berichten, erfährst du in den Filmen auf [www.didac.ch](http://www.didac.ch). Dort kannst du auch die Dokumentation bestellen. Mit einem Klick bist du dort!

## Gisler



MARKUS GISLER

## Entwarnung nur für die Schweiz

EINE PARLAMENTARISCHE ANFRAGE über die Höhe der griechischen Schulden bei Schweizer Banken zeigt, wie gross die Angst vor einer neuen Finanzkrise auch hierzulande ist. Verständlich, denn gemäss einer Statistik waren angeblich 21 Prozent der griechischen Schulden von 245 Milliarden Euro bei Schweizer Banken platziert. Schon lange war klar, dass das nicht stimmen konnte. Die Lösung des Rätsels: Die in Genf ansässige griechische EFG-Bank hat naturgemäss grosse Guthaben in Griechenland. Die Bank verlegte aber kürzlich ihren Sitz nach Luxemburg, so dass sich das Problem von selbst löste. Ende September 2009 lagen 1,9 Milliarden bei Schweizer Banken. Heute dürfte der Bestand gegen null tendieren.

DIE EU aber erschüttert das griechische Schuldendrama in ihren Fundamenten. Eindringlich hat dies ein deutscher Politiker geschildert, der nicht verstehen kann, wie Deutschland den eigenen Unternehmen hohe Steuern abverlangt, Griechenland aber seit Jahren mit Milliarden unter die Arme greift. Seit am Dienstag Standard & Poor's das Rating Griechenlands auf «Ramsch» gesetzt hat, ist die Situation eskaliert. Das Land ist schlicht nicht mehr kreditfähig, während der Bedarf an Neugeld mittlerweile auf über 100 Milliarden Euro geschätzt wird. Gemäss neuestem Plan soll die EU den Hellenen eine Summe von 110 bis 120 Milliarden zusichern, sodass das Land in den kommenden drei Jahren den Kapitalmarkt gar nicht mehr beanspruchen muss. Man nimmt Griechenland quasi vom Markt.

FÜR DIE EU WIRD DAS ein teurer, aber vermutlich der einzig gangbare Weg, wenn das ganze Gebilde um den Euro nicht zusammenbrechen soll. Als nicht praktikabel erweist sich die oft diskutierte Variante, Griechenland wieder aus dem Euro zu entlassen und eine Ersatzwährung einzuführen, die gegenüber dem Euro sofort um geschätzte 40 Prozent abgewertet würde. Zwar gewänne das Land damit seine Wettbewerbsfähigkeit zurück, doch die Ersatzwährung hätte den Bankrott des griechischen Bankensystems zur Folge, was einen grossen Teil der Wirtschaft ruinieren würde.

VIEL WAHRSCHEINLICH erscheint das, was die Briten als Haarschnitt, «hair cut», bezeichnen: ein Moratorium mit einem partiellen Schuldenerlass. Das könnte heissen, dass Griechenland für zwei oder drei Jahre keine Zinsen mehr bezahlt und der Nominalwert der ausstehenden Anleihen beispielsweise von 100 auf 60 Prozent herabgesetzt würde. Der Nachteil dieses Szenarios: Griechenland wäre so lange nicht mehr kreditfähig, bis der Staat saniert und die Finanzen nachhaltig gesundet wären. Das aber könnte sehr lange dauern. Die EU will beide Szenarien vermeiden, weil dies dem Scheitern des Euro gleichkäme.

WEIL DIE STABILITÄT DES EURO und die Glaubwürdigkeit der EU auf dem Spiel stehen, ist Brüssel gewillt, den ohnehin riesigen Schuldenberg im EU-Raum weiter zu erhöhen und darauf zu hoffen, dass Griechenland nach und nach gesundet. Augen zu und durch heisst die Devise. Das ist nur möglich, weil über das Sanierungspaket keine Abstimmung durchgeführt wird. Vor dem Volk hätte der Plan keine Chance.